

Schweiz

«Es ist die Zeit der Atom-Opportunisten»

Umstrittene Energiepolitik Die Genfer Ständerätin Lisa Mazzone verteidigt die Grünen gegen Vorwürfe, eine Verhindererpartei zu sein. Und kritisiert «nicht realistische Fantasieprojekte» in den Alpen.

Stefan Häne und Mario Stäuble

Frau Mazzone, Ihre Partei wird scharf angegriffen. Sie hätten sich selbst «ein Ei gelegt», kritisiert Jürg Grossen – weil die Walliser Grünen geholfen haben, die Abstimmung zum dortigen Solarexpress zu kippen. Hat der GLP-Präsident recht?

Es ist umgekehrt. Wir haben immer gesagt, dass wir in der Schweiz die Energiewende mit der Bevölkerung und der Natur hinkriegen müssen. Nun haben die Menschen Nein gesagt, weil diese Bedingung nicht erfüllt war. Es bringt eben nichts, Fantasieprojekte zu pushen, die nicht realistisch sind. Alpinsolaranlagen sollen einen Beitrag leisten, aber alle Interessen müssen Platz haben.

Ihre Klimaverbündeten sind dennoch sauer. Die Grünen «fantasieren über eine Zukunft, zu der sie nichts beitragen», wirft Ihnen Peter Bodenmann von der SP vor.

Es gibt in vielen Köpfen die Vorstellung, dass man für die Energiewende etwas opfern muss. Aber das stimmt nicht. Erstens gibt es auf Gebäudedächern ein riesiges Potenzial für Solar, und zweitens ist es auch in den Bergen – an den richtigen Standorten – gut möglich, Anlagen zu bauen.

Die Kritik bezieht sich auch auf die Solarinitiative, an der die Grünen arbeiten. Diese sei «übereilt», weil innert 15 Jahren Solaranlagen auf allen Dächern installiert sein müssten.

Die anderen Parteien haben vermutlich den Initiativtext noch gar nicht gelesen. Wir bauen eine Härtefallregelung ein: Wer sowieso ein paar Jahre später das Dach saniert, soll davon profitieren. Wir hatten auch Mitglieder, die sagten, es gehe nicht schnell genug.

Einerseits fordern Sie mehr Tempo, andererseits bremsen Sie – zumindest im Wallis. Das geht nicht auf.

Wir müssen hier präzis sein: Im Wallis geht es vor allem ums korrekte Verfahren. Das kann man



«Es geht auch um die Natur und unsere Berge», sagt Lisa Mazzone. Foto: Simon Glauser («20 Minuten»)

nicht einfach aushebeln. Sonst verliert man die Bevölkerung. Es geht eben nicht nur darum, dass die Energieinvestoren viel Geld bekommen. Es geht auch um die Natur und unsere Berge.

Aber solche Anlagen kann man schnell zurückbauen.

Der Eingriff in die Natur hält sich in Grenzen.

Wir sind als Grüne überhaupt nicht gegen Solaranlagen in den Bergen. Man muss es einfach korrekt machen, wie in Bern und Graubünden, wo man sinnvolle Projekte priorisiert. Und nicht

dort eine Anlage plant, wo es kein Netz und keine Infrastruktur gibt.

Und an den «richtigen Standorten» bieten Sie Hand für alpine Solarprojekte? Da wird kein Grüner dagegen sein? (lacht) Eine Person, die für alle Mitglieder einer Partei sprechen könnte, wäre ein Diktator. Ernsthaft: Dass alpine Anlagen einen Beitrag leisten, steht in unseren Strategiepapieren. Das ist nicht neu.

Eine neue ETH-Studie warnt, dass die Schweiz bis 2050 viel

zu wenig Strom produziere, vor allem im Winter. Der Vorschlag: Atomkraftwerke länger laufen lassen, 60 oder sogar 80 Jahre. Überzeugt Sie das?

Je länger ein AKW in Betrieb ist, desto pannenfälliger wird es. Wir haben es in Frankreich letzten Winter erlebt.

Die Betreiber sagen, sie würden viel Geld ausgeben, um die AKW zu warten.

Diese Nachrüstungen sind teuer. Das kostet Steuergeld, das dann den erneuerbaren Energien fehlt. Hinzu kommen das Abfall-

problem sowie die Abhängigkeit vom Ausland beim Uran.

Diese Abhängigkeit gibt es auch bei der Photovoltaik: Viel Material kommt aus China.

Das stimmt. In Europa wächst aber gerade das Bewusstsein dafür, dass es wieder eine eigene Solarindustrie braucht. Auch der Bund sollte sich überlegen, wie Solarpannels vermehrt in der Schweiz produziert werden können. Der halbstaatliche Rüstungsbetrieb Ruag stellt für den Bund Waffen her. Wieso nicht ein Unternehmen, das Solarpannels herstellt? Die Atom-Opportunisten sind zwar lauter. Aber die Diskussion um neue AKW bringt nichts. Bis diese gebaut wären, vergingen viele Jahrzehnte. Atomenergie bringt auf absehbare Zeit keine einzige Kilowattstunde mehr.

Das Parlament könnte nach dem Solarexpress auch einen Atomexpress beschließen. Mit Notgesetzen lässt sich viel machen, wie die letzten Jahre gezeigt haben.

Vergessen wir nicht: Es gibt einen Volksentscheid. 2017 hat die Stimmbevölkerung entschieden, dass die Schweiz keine neuen Atomkraftwerke baut. Umfragen zeigen, dass die Meinung der Bevölkerung sich nicht geändert hat.

Die Grünen in Finnland stellen sich hinter neue AKW. Sie sagen: Wir sollten alle CO2-armen Energiequellen nutzen, um von den fossilen Brennstoffen wegzukommen.

Mit der Energiestrategie 2050 kommen wir auch von den fossilen Energien weg. Dafür brauchen wir keine neuen AKW.

Seit 2017 ist viel passiert, zuletzt die Energiekrise. Die SVP sagt, die Energiestrategie habe uns die Versorgungsprobleme eingebrockt.

Gerade die Krise zeigt, dass wir die erneuerbaren Energien viel schneller hätten ausbauen müssen. Doch die bürgerlichen Kräfte im Parlament haben die Solarenergie lange Zeit nicht ernst genommen. Mittlerweile haben wir im Ständerat den Solarexpress erarbeitet. Aber leider immer noch keinen Solarstandard auf Gebäuden.

Mutterschaft und Parlamentsarbeit

Erwerbsersatzgesetz Parlamentarierinnen im Mutterschaftsurlaub können ihre Tätigkeit in der Legislative bald ausüben, ohne den Anspruch auf Mutterschaftsschädigung zu verlieren. Nach dem Ständerat hat sich auch der Nationalrat für eine entsprechende Änderung des Erwerbsersatzgesetzes ausgesprochen.

Heute verliert eine Parlamentarierin ihre Mutterschaftsschädigung für ihre hauptberufliche Tätigkeit, sobald sie an Sitzungen des Parlaments teilnimmt. Das Bundesgericht bestätigte das vor einem Jahr in einem Leiturteil.

Neu soll die Teilnahme von im Mutterschaftsurlaub stehenden Müttern an Sitzungen von Parlamenten nicht mehr als Aufnahme der Erwerbstätigkeit gelten. Dieser Änderung des Erwerbsersatzgesetzes stimmte der Nationalrat gestern mit 155 zu 22 Stimmen bei 5 Enthaltungen zu. Der Ständerat hatte schon im Juni zugestimmt. Die neue Regelung wird auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene gelten. Wegen einer kleinen Differenz geht die Vorlage aber nochmals zurück in den Ständerat. (SDA)

Kostenziele im Gesundheitswesen

Gegenvorschlag Das Parlament will das Kostenwachstum im Gesundheitswesen mit der Einführung von Kosten- und Qualitätszielen dämpfen. Die Räte haben die letzte Differenz im indirekten Gegenvorschlag zur Kostenbremse-Initiative der Mitte-Partei bereinigt. Das Volksbegehren selbst empfehlen die Räte zur Ablehnung. Mit der Kostenbremse-Initiative will die Mitte-Partei das Wachstum der Gesundheitskosten bekämpfen. Gemäss Begehren müssen Bundesrat, Parlament und Kantone eingreifen, wenn die Gesundheitskosten im Vergleich zur Lohnentwicklung zu stark steigen. (SDA)

Kein Einfuhrverbot für Stopfleber

Motion Stopfleber kann weiterhin eingeführt werden. Sie wird aber explizit als Stopfleber gekennzeichnet werden müssen. Der Nationalrat schloss sich gestern der Position des Ständerats an, der sich im Juni gegen ein Importverbot, aber für eine Deklarationspflicht entschied. Damit setzte sich in den Räten die Argumentation durch, dass Stopfleber in der Schweiz auch nach einem Importverbot gegessen würde. Das Produkt würde dann einfach im Ausland gekauft. Ein Importverbot gefordert hatte Martin Haab (SVP, ZH) in einer Motion. Ihr hatte der Nationalrat im Februar 2022 noch zugestimmt. (SDA)

ANZEIGE

Bauen Sie auch in der Waschküche auf Qualität. Einfach & robust



WYSS MIRELLA schweizerisch seit 1909

041 933 00 74/wyss-mirella.ch/6233 Büron

Bund hat die Sicherheit der Firma in 15 Jahren nie überprüft

Gehackte Xplain Recherchen zeigen: Die Behörden haben «keine Audits» durchgeführt. Fachleute sind entsetzt.

Hunderte von Gigabytes haben Hacker im Mai bei der Interlaker Softwarefirma Xplain gestohlen und ins Darknet gestellt. Darunter heikle Informationen der Bundesverwaltung, der Bundespolizei (Fedpol) und der Eidgenössischen Zollverwaltung. Es geht um Sicherheitsdispositive, geschützte Personendaten oder gar vertrauliche Informationen zu Hunderten von Strafverfahren. Seitdem rätselt die Öffentlichkeit darüber, wie die vertraulichen Daten an Xplain gelangen konnten und wieso zumindest ein Teil der Daten nicht verschlüsselt war.

Klar ist, dass auch der Bund in der Verantwortung steht. Gemäss eidgenössischem Datenschutzgesetz musste er sich vergewis-

tern, dass Xplain in der Lage ist, die Datensicherheit zu gewährleisten. Erst nach einem sogenannten Sicherheitsaudit darf er sensible Daten überhaupt für die Bearbeitung teilen.

Gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz verlangte diese Redaktion darum beim Fedpol und der Zollverwaltung Einsicht in solche Audits aus den letzten 15 Jahren, also seit Beginn der Zusammenarbeit mit der Bundesverwaltung.

«Das ist nicht zu entschuldigen»

Nun, knapp zwei Monate später und nach mehrfacher Fristverlängerung, erklären die Behörden einsilbig: Es wurden «keine Audits»

bei Xplain vorgenommen, weder vom Fedpol noch von der Zollverwaltung. Man hat also in 15 Jahren nichts unternommen, um die Sicherheit einer IT-Dienstleisterin in einem derart sensiblen Bereich zu überprüfen: «Aus meiner Sicht ist das nicht zu entschuldigen», sagt Anwalt und Datenschutzexperte Martin Steiger. «Es ist erschreckend, aber ich bin aufgrund der Vorgeschichte nicht überrascht.»

Wenn man Daten Dritten anvertraut, müsse die Datensicherheit gewährleistet bleiben. Man dürfe sich nicht allein auf allfällige vertragliche Zusicherungen verlassen, sondern müsse die Möglichkeit für Audits haben. Bei sensiblen Daten wie vom Fedpol

oder der Zollverwaltung seien Audits sogar zwingend.

Auch Ueli Buri, Präsident der Konferenz der Schweizer Datenschutzauftragten, sagt, die Auslagerung von Daten an Dritte sei zwar erlaubt, es müsse aber sichergestellt werden, dass die Datensicherheit gewährleistet sei. «Die Behörden haben die Pflicht, dies auch in einem angemessenen Rahmen zu überprüfen, etwa mit Sicherheitsaudits.» Der Grund liege darin, dass man sich nicht der Verantwortung für den Datenschutz entziehen könne, wenn Dienste ausgelagert würden.

«Ich würde erwarten, auch als Steuerzahler, dass die Verwaltung in einer solchen Zeitspanne mit solchen sensiblen Daten regel-

mässig verschiedene Sicherheitsüberprüfungen bei Drittfirmen vornimmt», sagt Chris Eckert, Ex-Kommissariatsleiter der Bundeskriminalpolizei und Cybercrime-Spezialist. Das sei branchenüblicher Standard. Denn Sicherheit sei nichts, was man einmal kaufen könne und dann bis ans Ende des Lebens geregelt sei.

Das Fedpol wie auch die Zollverwaltung weisen die Vorwürfe zurück. «Ob und inwiefern das Datenschutzgesetz verletzt wurde und alternativ gewählte Massnahmen zur Gewährleistung der Datensicherheit ausreichend waren, ist Gegenstand der laufenden Untersuchungen.»

Lukas Lippert